

Working Group VIII

Working document 33

WORKING GROUP VIII « DEFENCE »

Subject : **Comments by Ms Sylvia-Yvonne Kaufmann on the preliminary draft final report of Working Group VIII "Defence" (WD 022)**

Members of Working Group VIII will find attached comments by Ms Sylvia-Yvonne Kaufmann, member of the Convention, on the preliminary draft final report.

Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Beitrag für die Arbeitsgruppe Verteidigung

Anforderungen an den Verfassungsvertrag für eine friedensfähige Europäische Union

Im EU-Verfassungsvertrag sollen Inhalt und Ziele der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) verankert werden. Sie sind von gravierender Bedeutung für die friedliche Entwicklung der Europäischen Union und damit für ihre Zukunftsfähigkeit.

Die zentrale Aufgabe der ESVP besteht somit darin, für die Europäische Union, die selbst ein erfolgreiches Beispiel der Krisenverhütung mit friedlichen Mitteln ist, sowie für ihre Mitgliedstaaten Frieden und Sicherheit dauerhaft zu bewahren und zu festigen. Dieses Ziel ist aber nur dann realistisch, wenn die ESVP auf dem Konzept einer globalen, gemeinsamen und umfassenden Sicherheit beruht, die - wie es in der Entschließung A4-0162/97 des Europäischen Parlaments heißt - durch eine auf den Prinzipien Gleichheit, Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit beruhende Zusammenarbeit erreicht wird und die Kooperation, vertrauensbildende Maßnahmen, Transparenz, schrittweise Abrüstung, Konversion und Entmilitarisierung voraussetzt.

Dies schließt ein, von einem durch militärische Überlegungen bestimmten Sicherheitskonzept auf ein ziviles Sicherheitssystem überzugehen, das die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen, ethnischen und kulturellen Ursachen von Konflikten berücksichtigt und einen in erster Linie präventiven Ansatz verfolgt, um die Ursachen vorhersehbarer und akuter Konfliktsituationen in und außerhalb Europas zu entschärfen und entschlossen zu bekämpfen, bevor sie in bewaffnete Gewalt umschlagen. Zu den entscheidenden Aspekten der Krisenverhütung gehören die Beseitigung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichgewichte, die Stärkung der Demokratie, der Schutz der Menschenrechte sowie der Minderheitenrechte in Europa und weltweit.

Aufgrund ihrer grundlegend sicherheitspolitischen Ausrichtung, ihrer Zusammensetzung, ihrer demokratischen Struktur und ihrer Konzentration auf Menschenrechtsfragen stellt die OSZE den geeignetsten Rahmen für ein umfassendes europäisches Sicherheitssystem dar. Es sollte deshalb zu den zentralen Pfeilern der ESVP gehören, die OSZE auszubauen.

Frieden und Sicherheit sowie Stärkung ihrer internationalen Positionen erreichen die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten dann, wenn sie auf ihre wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Stärke, auf die Werte ihrer Zivilgesellschaften und auf ihre historischen Beziehungen zu Ländern auf der ganzen Welt und nicht auf vorrangige Stärkung ihrer militärischen Fähigkeiten und Rüstungspotentiale setzen. Für die europäische und internationale Sicherheit sowie für die Volkswirtschaften der jetzigen und künftigen EU-Mitgliedstaaten wäre es darüber hinaus kontraproduktiv, ja verhängnisvoll, wenn sie sich an einem Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten beteiligten. Zwischen der Europäischen Union und den USA gibt es bei den militärischen Fähigkeiten und im technologischen Bereich eine Kluft, die - auch sehr langfristig gesehen - nicht überwunden werden kann.

Leider finden diese Überlegungen in den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe VIII Verteidigung vom 21. November 2002 (WD 22) keine bzw. nur sehr unzureichend Berücksichtigung. Die ESVP wird fast ausschließlich militärisch definiert, zivile Konfliktbearbeitungsstrategien und Konfliktprävention hingegen sind nachgeordnet und spielen nur eine sehr untergeordnete Rolle. Auch eine klare Verpflichtung der EU auf Abrüstung, Konversion und Rüstungskontrolle sucht man vergebens. Dies resultiert offenbar daraus, dass in den Schlussfolgerungen nicht beachtet wird, dass in der heutigen globalisierten Welt Sicherheit eben nicht in einem engen, militärischen Sinn, sondern nur umfassend als Schutz der Existenzbedingungen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten verstanden werden kann. Hinzu kommt ein gewisser Illusionismus in finanziellen Fragen, besonders im Hinblick auf die Erlangung militärischer Fähigkeiten sowie im Rüstungsbereich, obgleich in Punkt 33 mit Recht darauf verwiesen wird, dass dem der Widerwille der EU-Mitgliedstaaten entgegensteht, Entscheidungen zur Erhöhung ihrer Verteidigungsetats zu treffen.

Um die europäische Integration voranzubringen, benötigt Europa weder globale Kriegsführungsfähigkeiten und eine weltweit agierende Interventionstruppe noch den Einstieg in eine Rüstungsspirale. Für ein friedliches Europa, das sich an geltendes Völkerrecht gebunden fühlt, ist eine ausdrückliche Verpflichtung auf die UN-Charta unverzichtbar. Für ein wirklich friedensbewahrendes Europa, das zudem auf jegliche militärische Machtprojektion nach außen verzichtet, ist außerdem die Aufnahme kriegsverbietender und friedensverpflichtender Bestimmungen in den Verfassungsvertrag zwingend geboten. Sie sollen Fehlentwicklungen verhindern, den - wie im letzten Satz von Punkt 33 der Schlussfolgerungen angedeutet - originär zivilen und friedlichen Charakter der EU als spezifischen Kern des Selbstverständnisses der Gemeinschaft definieren und die ESVP auf die Verteidigung und Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten beschränken.

Anforderungen für den Verfassungsvertrag

- Aufnahme einer Friedensverpflichtung der Union in den Verfassungsvertrag.
- Aufnahme der Verpflichtung der Union auf Einhaltung von Geist und Buchstaben der Charta der Vereinten Nationen.
- Im Verfassungsvertrag muss das ausnahmslose Verbot von Angriffs- und Präventivkriegen sowie der Androhung oder Anwendung militärischer Gewalt in den internationalen Beziehungen fixiert werden.
- Ausbau der Zusammenarbeit mit der OSZE.

1. Zur Bedrohungsanalyse und daraus abgeleiteten Schlussfolgerungen

Die konkrete Bestimmung des Inhalts und der Ziele der ESVP hängt maßgeblich von der präzisen Analyse der Bedrohung der EU und ihrer Mitgliedstaaten ab. Sowohl in den Aufzeichnungen des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Michel Barnier (CONV 246/02) als auch in den Schlussfolgerungen (WD 22) bleibt weitgehend offen und damit beliebig interpretierbar, wo und wie die Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten durch welche Konflikte bedroht sei. Ausdrücklich verwiesen wird unter Bezugnahme auf den 11. September lediglich auf neuartige Bedrohungen, die sich aus terroristischen Handlungen ergeben können.

1.1. Konflikte im Umfeld der EU

Im Dokument CONV 246/02 heißt es, dass „die Feststellung, dass die Sicherheit unserer Staaten von einer Reihe von Konflikten in Gebieten im Umfeld der Union bedroht ist“ und „die Balkan-Krise“ sowie „der neue geopolitische Kontext“ zum Beschluss des Europäischen Rates im Juni 1999 in Köln geführt habe, „einen Prozess zur Entwicklung der Fähigkeit zur Krisenbewältigung einzuleiten“. Weder erfolgt eine geographische Lokalisierung der Gefährdung der Europäischen Union noch werden Konflikte und ihr unmittelbares militärisches Bedrohungspotential konkret benannt.

Auch wie die Konflikte beschaffen sind, in die militärisch eingegriffen werden soll, um die Sicherheit der Union zu gewährleisten, wird nicht weiter ausgeführt. Aufgrund ihrer Beschreibungen drängt sich der Eindruck auf, es könnten zum Beispiel der Tschetschenien- oder der Nahostkonflikt gemeint sein. Vorausgesetzt, diese Annahme träfe zu, dann bliebe offen, inwiefern diese beiden Konflikte eine unmittelbare militärische Bedrohung der Sicherheit der Europäischen Union darstellen und welcher Zusammenhang zwischen dieser militärischen Sicherheitsbedrohung und der Aufstellung von EU-Kampftruppen besteht. Unklar bleibt darüber hinaus, ob zum Beispiel beabsichtigt ist, mit EU-Kampftruppen in diesen beiden Konflikten zu intervenieren oder ob die Aufstellung von EU-Kampftruppen lediglich den Hintergrund einer militärischen Drohkulisse bilden soll, um diese Konflikte zu befrieden. Zu fragen wäre darüber hinaus, inwiefern eine militärische Interventionsperspektive die Tatsache berücksichtigt, dass in den benannten Konflikten Atomkräfte involviert sind.

Im Dokument CONV 246/02 wird auch nicht dargestellt, inwiefern sich der „geopolitische Kontext“ für die Union derart gravierend geändert hat, dass die Aufstellung von Streitkräften zur Krisenbewältigung von Nöten wäre. Darüber hinaus wurden dazu in der Arbeitsgruppe weitere Fragen nicht aufgeworfen, die aber sowohl für die Begründung der Aufstellung von EU-Kampftruppen als auch für die Bestimmung ihrer Einsatzziele von entscheidender Bedeutung sind:

- Worin genau besteht der „veränderte geopolitische Kontext“ für die Europäische Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts?
- Ist mit diesem unbestimmten Begriff die Absteckung von politisch-ökonomischen Interessensphären der Union intendiert?

- Wenn ja, welche Rolle ist dabei der europäischen Truppe zugedacht, die auch zu „Kampfeinsätzen“ eingesetzt werden soll?
- Wenn nein, welche Rolle spielen „Kampfeinsätze“ der europäischen Truppe im außenpolitischen Konzept der Union?
- Ist ausgeschlossen, dass europäische Truppen im Rahmen der ESVP eingesetzt werden könnten, um geopolitische und geostrategische Interessen militärisch durchzusetzen?
- Worin begründet sich die erstrebte Einsatzreichweite der EU-Truppe von 4000 km rund um das Gebiet der Europäischen Union, also ein geopolitischer Einsatzraum, in den die Arktis, Zentralrussland, der Kaukasus, Teile Zentralasiens, der Nahe und Mittlere Osten, Nord-, Zentral-, und Ostafrika fallen?
- Schließt der behauptete „veränderte geopolitische Kontext“ Überlegungen für eine globale militärisch abgesicherte Rohstoffversorgung der Union aus?

1.2. Terroristische Bedrohungen

In Punkt 31 der Schlussfolgerungen wird konstatiert, dass sich die Sicherheitslage, aufgrund derer die ESVP in den 90er Jahren entwickelt wurde, „völlig zweifelsfrei durch Entwicklungen im internationalen Bereich überholt“ worden sei. Ohne eingehende Begründung wird lediglich festgestellt, dass nach dem 11. September „die Bedrohung nicht mehr durch das Risiko von Konflikten zwischen Staaten oder ethnischen Gruppen definiert ist. Sie ist vielmehr gekennzeichnet durch globale Unsicherheit infolge eher diffuser Risiken in Verbindung mit internationalen terroristischen Organisationen oder der Anwendung von Massenvernichtungswaffen, wodurch die Maßnahmen zur Konfliktbewältigung im traditionellen Sinne ausgehöhlt werden.“

Hier bleibt völlig unklar, wie das Szenario der „globalen Unsicherheit“ aussieht, auf das offenbar vorwiegend mit militärischen Mitteln global reagiert werden soll. Obige Argumentation lässt eher den Schluss zu, dass internationaler Terrorismus nicht mit militärischen Mitteln und schon gar nicht mit einer EU-Eingreiftruppe wirksam bekämpft werden kann. Dies ist wohl auch der Grund, weshalb in Punkt 41 der Schlussfolgerungen eingestanden wird, dass der terroristischen Bedrohung mit unterschiedlichsten zivilen Maßnahmen begegnet werden müsse, die über militärische Mittel hinausgingen. Im übrigen begründet die allgemeine Mutmaßung über die „Anwendung von Massenvernichtungswaffen“ durch Terrorgruppen für sich allein noch keine konkrete

Bedrohung der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

In Dokument CONV 246/02 wird unter Punkt 3 die Frage aufgeworfen, „ob bei einem Anschlag ähnlicher Art (wie der des 11. Septembers) oder mit biologischen oder chemischen Waffen gegen einen Mitgliedstaat von den anderen Mitgliedstaaten im Rahmen des Vertrages bestimmte Aktionen unternommen werden könnten“ und „wenn ja, welche?“ Auch hier stellt sich das Problem der zugrunde gelegten Bedrohungsanalyse im Hinblick auf terroristische Handlungen, die auf folgende unbeantwortete Fragen hinweist:

- Ist man der Auffassung, dass sich einem terroristischen Anschlag wie dem des 11. Septembers, der von Selbstmordattentätern mit Zivilflugzeugen ausgeführt wurde, mit militärischen Mitteln begegnen lässt? Zeigen nicht die Probleme einzelner EU-Mitgliedstaaten wie Großbritannien und Spanien mit Organisationen, die Terroranschläge verüben, oder das Nordirland-Problem, dass es keine militärische Lösung zur Beendigung von Terror gibt? Wenn man aber davon ausgeht, es gäbe sie, wie sollte dann das Szenario konkret aussehen, um derartigen Gefahren militärisch zu begegnen?
- Wie könnte eine militärische Antwort auf mit chemischen und biologischen Waffen verübte terroristische Anschläge aussehen? Inwieweit wird geprüft, ob das Know-how für derartige vermutete Angriffe aus EU-Mitgliedstaaten stammt? Wird überhaupt geprüft, ob und wenn ja wie Waffenexporte aus EU-Mitgliedstaaten in die Hände von Terroristen gelangen können?
- Gibt es Überlegungen, die EU-Eingreiftruppe in so genannte Präventiveinsätze zu entsenden? Wenn ja, soll die Truppe die Tötung von Terroristen mittels Raketen, die im Falle des Nahen Ostens von der Union vehement als völkerrechtswidrig kritisiert wird, mit in ihr Repertoire sicherheitspolitischer Maßnahmen aufnehmen?

In Punkt 32 der Schlussfolgerungen wird festgestellt, es bestünde nach dem 11. September auch die Notwendigkeit für „Sicherheit innerhalb der Union“ zu sorgen, insbesondere was den Schutz der Zivilbevölkerung und der demokratischen Institutionen angehe. Zweifellos ist das eine berechtigte Fragestellung, die die Union zum gemeinsamen Handeln auffordert. Eine völlig andere Frage ist jedoch die, ob daraus, dass die öffentliche Meinung eine „europäische Verteidigung“ begrüßen würde, abgeleitet wird, dass die ESVP nicht nur für die äußere, sondern künftig auch für die innere Sicherheit der EU-Mitgliedstaaten zuständig sein soll.

1.2. Erweiterung der Petersberg-Aufgaben

Die vorstehend angeführten ungeklärten Fragen in Bezug auf eine mögliche veränderte Bedrohungslage der Europäischen Union lassen eine seriöse und fundierte Beantwortung der Frage 1 der Arbeitsgruppe Verteidigung „Welche Aufgaben im Verteidigungsbereich können der Union über die Petersberg-Aufgaben hinaus übertragen werden?“ (CONV 206/02) nicht zu. Auch die Diskussion in der Arbeitsgruppe brachte keinen weiteren Aufschluss über eine konkrete Bedrohungsanalyse, die eine militärische Antwort bis hin zur Bereitstellung von EU-Kampfftruppen zur Abwehr unbestimmter globaler terroristischer Bedrohungen erforderlich machen würde. In den Schlussfolgerungen wird dieses Dilemma in Punkt 42 nur noch einmal dokumentiert. Was sich in den Schlussfolgerungen in Punkt 45 im Hinblick auf die Erweiterung der Petersberg-Aufgaben hinter „Stabilisierung“ und „Konfliktprävention“ konkret verbirgt, bleibt unklar, weil nicht ersichtlich ist, ob es sich hier um zivile und/oder militärische Aufgaben handelt. Auf jeden Fall irreführend ist der Begriff „defence outreach“, einschließlich seiner beispielhaften Erläuterungen. Da unter dem Begriff der „Petersberg-Aufgaben“ nicht die militärische (Landes)Verteidigung des Territoriums der Union, sondern vielmehr militärische Krisenbewältigungseinsätze verstanden werden (CONV 161/02), ist völlig unklar, was genau unter „neuen“ Petersberg-Aufgaben wie zum Beispiel „Zurverfügungstellung von Streitkräften zur Beendigung von Feindseligkeiten“ oder „Vernichtung von Waffen“ zu verstehen ist.

Anforderungen für den Verfassungsvertrag

- Es ist nicht notwendig, die Petersberg-Aufgaben zu erweitern. Stattdessen ist die Führung von „Kampfeinsätzen bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“ aus Artikel 17 Absatz 2 zu streichen.
- Ein Einsatz von EU-Kampfftruppen gegen „terroristische Bedrohungen“ ist abzulehnen - außerhalb und im Inneren der Union.
- Der Auftrag der Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der ESVP ist strikt auf territoriale Landesverteidigung zu beschränken.

2. Zur Schaffung von EU-Eingreiftruppen

Die vorliegende Bedrohungsanalyse rechtfertigt nicht den Aufbau einer EU-Eingreiftruppe mit bis zu 15 Brigaden oder 50.000 bis 60.000 Mann, die innerhalb von 60 Tagen verlegungsfähig und global einsatzbereit sein sollen. Dies trifft auch auf die in Punkt 8 der Schlussfolgerungen gleichzeitig geforderte Schaffung kleinerer Einheiten mit einer schnelleren Verlegungsfähigkeit und Einsatzbereitschaft zu.

Zur Bewältigung von in Artikel 17 (2) genannten humanitären Aufgaben oder Rettungseinsätzen im Rahmen der ESVP wird eine derartige Eingreiftruppe jedenfalls nicht benötigt.

Die Schlussfolgerungen enthalten auch keinerlei Hinweise darauf, weshalb die Europäische Union nach wie vor eigene, aber aus NATO-Material und NATO-Soldaten bestehende Krisenreaktionskräfte aufstellen muss, nachdem auf dem Prager NATO-Gipfel die Schaffung einer so genannten NATO Response Force mit 21.000 Soldaten einvernehmlich beschlossen wurde. Beide sollen weltweit in Krisenregionen operieren; im Kern spiegelt dies offensichtlich die politische Konkurrenzsituation zwischen den USA und Europa wieder. Es gibt bislang keine überzeugende Antwort darauf, wie diese Konkurrenz der neuen NATO Response Force zur geplanten EU-Eingreiftruppe aufgelöst werden soll.

Nüchtern betrachtet ist die Einsatzfähigkeit der EU-Eingreiftruppe bis zum Jahr 2003 nicht erreichbar. Es fragt sich, warum trotzdem daran festgehalten wird, angesichts der in Punkt 13 der Schlussfolgerungen benannten Probleme im Hinblick auf das Führungs-, Beobachtungs- und Kommunikationssystem, die strategische Aufklärung und die Beobachtung und Absicherung der eingesetzten Verbände, den strategischen Transport und die Fähigkeit zum effektiven Einsatz. Zur Behebung dieser Mängel sind Investitionen erforderlich, die die Staatshaushalte der Mitgliedstaaten sprengen dürften.

Anforderungen für den Verfassungsvertrag

- Verzicht auf ein Abkommen mit der NATO über den Zugriff auf deren Interventionskapazitäten.
- Vertragliche Fixierung der strikten Anerkennung und Wahrung der Neutralität von Österreich, Finnland, Schweden und Irland.
- Aufnahme einer vertraglichen Verpflichtung der EU-Mitgliedstaaten auf strukturelle Nichtangriffsfähigkeit ihrer militärischen Kapazitäten.
- Vertraglich fixiertes Verbot der Herstellung, Lagerung und Anwendung von ABC-Waffen im Rahmen der ESVP.
- Europäisches Programm zur Beseitigung aller auf dem Territorium von EU-Mitgliedstaaten lagernden Massenvernichtungswaffen.

3. Zu Finanzierungsfragen

In CONV 246/02 wird festgestellt, dass „die Verteidigungshaushalte der 15 Mitgliedstaaten...zusammen 170,754 Milliarden Euro (gegenüber 285,257 Milliarden Dollar im Verteidigungsetat der Vereinigten Staaten)“ betragen. Schon diese Aufzählung weist das Problem auf, dass die Ausgaben aller EU-Mitgliedstaaten rein quantitativ summiert werden. Eingeschlossen werden damit zum Beispiel auch die Militärausgaben Dänemarks, das sich bekanntlich nicht an der militärischen Komponente der EU beteiligt. Ebenfalls mit in diesem Betrag subsumiert wurden die Ausgaben für die atomare Bewaffnung der britischen und französischen Streitkräfte. Eine qualitative Bewertung der einzelnen Militärausgaben unterblieb, das heißt, es wurde nicht untersucht, warum welcher Mitgliedstaat seine Militärausgaben für bestimmte Bereiche ausgibt. Es ist auch nicht seriös, die Militärausgaben mehrerer Staaten mit denen eines einzigen Staates, der USA, zu vergleichen, da sich die Struktur der Militärhaushalte, d.h. die Personalausgaben, die investiven Ausgaben oder die Kosten für militärische Einsätze, die Unterhaltung von Militärstützpunkten usw. erheblich unterscheiden. Tatsache ist hingegen, wie in Punkt 27 der Schlussfolgerungen ausgeführt wird, dass die Militärausgaben in allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Großbritanniens und Frankreichs rückläufig sind.

Weiter heißt es in Dokument CONV 246/02, es müssten „nicht nur Anstrengungen auf der Ebene der Verteidigungshaushalte unternommen werden, sondern auch auf der Ebene des Beschaffungswesens, um Größenvorteile zu erzielen, und auf der Ebene der Forschung und der Entwicklung im Rüstungsbereich.“ Was das konkret für die Entwicklung welcher Waffensysteme bedeutet, blieb in der gesamten Diskussion der Arbeitsgruppe völlig offen. Dennoch wird in den Schlussfolgerungen in Punkt 49 gefordert, einen Mechanismus „qualitativer und quantitativer Konvergenzziele“ für die Mitgliedstaaten einzuführen, um „die der Union zur Verfügung stehenden militärischen Fähigkeiten zu stärken.“ Das heißt, künftig sollen für die Mitgliedstaaten „Konvergenzziele“ festgelegt werden: a) für einen bestimmten Anteil ihrer Verteidigungshaushalte am BIP, b) für einen bestimmten Anteil der Ausgaben für militärische Ausrüstungen am Verteidigungshaushalt sowie c) für die Bereitstellung von Truppenkontingenten. Vorgeschlagen wird zudem in den Punkten 50 bis 52 eine europäische Rüstungsagentur zu schaffen, die die Mitgliedstaaten „ermutigen“ soll, ihre Militärkapazitäten zu verbessern.

Während in den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe keine konkreten Projekte für eine verstärkte europäische Rüstungskooperation benannt werden, ist in Punkt 16 von CONV 246/02 von „Kooperationsvereinbarungen zwischen mehreren europäischen Regierungen und der Industrie ihrer Länder über einige Rüstungsprojekte“ die Rede; als Beispiel wird der Eurofighter angeführt. Wie diese bisherigen Kooperationen derzeit aussehen und welche Probleme sie aufwerfen, lässt sich an zwei Beispielen zeigen: dem Projekt A 400 M (Militär-Airbus) und dem Projekt Eurofighter.

3.1. Zum Projekt A 400 M (Militär-Airbus)

Vom Militär-Airbus A 400 M wurden insgesamt 196 Stück im Gesamtwert von 18 Milliarden Euro bestellt; es beteiligen sich Deutschland, Frankreich, Belgien, Großbritannien, Portugal, Luxemburg und der Beitrittskandidat Türkei. Vertreter der deutschen Industrie wiesen vielfach auf die Bedeutung des Militär-Airbusses hin. „Das geplante militärische Transportflugzeug Airbus A 400 M ist derzeit das wichtigste europäische Beschaffungsprojekt“, erklärte BDLI-Präsident und EADS-Co-Vorsitzender Rainer Hertrich. Die Bundesregierung habe mit der Übernahme konkreter Verantwortung

in der aktuellen sicherheitspolitischen Situation „eine historische Tür aufgeschlagen.“ Diesem Schritt müssten konkrete Maßnahmen folgen. Die international gewachsene Verantwortung Deutschlands erfordere zügige Entscheidungen, die die Bundeswehr in die Lage versetzten, der neuen Rolle Deutschlands gerecht zu werden.

Auch der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, setzte sich für das Projekt A 400 M in Deutschland ein: „Das A 400 M-Projekt ist überaus wichtig für unsere europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik wie für die europäische Luftfahrtindustrie. Die Deutschen sind ein Schlüsselpartner sowohl bei diesem Projekt wie bei dieser Politik. Ich bin zuversichtlich, dass Deutschland derzeit und in Zukunft sich verbindlich für den A 400 M einsetzt und dass das Projekt weitergeht.“, erklärte er gegenüber der Tageszeitung „Die Welt“ am 31. 01. 2002.

In den Vertragsverhandlungen sicherte der frühere deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping den europäischen Kooperationspartnern die Bestellung von 73 Maschinen zum Gesamtpreis von 9,6 Milliarden Euro zu. Im bundesdeutschen Haushalt 2002 waren allerdings nur 5,1 Milliarden Euro für 40 bis 45 Maschinen veranschlagt. Es gab eine Zusage des ehemaligen Verteidigungsministers an alle Projektpartner, die 73 von der Regierung zugesagten Airbusse abzunehmen, und falls dieses nicht erfolge, Schadensersatz zu zahlen. Der deutsche Bundesrechnungshof hielt deshalb die Beschaffungsvorlage des Verteidigungsministeriums für das Transportflugzeug „A 400 M“ schlicht für illegal. Erneut verstoße das deutsche Verteidigungsministerium „gegen die Bundeshaushaltsordnung“, erklärte der Bundesrechnungshof gegenüber der Öffentlichkeit. Hinzu kommt, dass die bei Kriegswaffenprojekten üblichen Steigerungsraten in den derzeitigen Haushaltsansätzen noch gar nicht einberechnet sind. Der Fall zeigt, wie deutsches Haushaltsrecht auf dem Altar gemeinsamer europäischer Rüstungskoooperation geopfert wird. Die parlamentarische Einflussnahme und Kontrolle auf die politischen Entscheidungen der Regierung auf „Kooperationsvereinbarungen mit mehreren europäischen Regierungen und der Industrie ihrer Länder“ über dieses Rüstungsgroßprojekt war de facto nicht gegeben.

3.2. Zum Projekt Eurofighter

Für die europäische Kriegswaffen-Kooperation und den bundesdeutschen Militär-Haushalt ist neben dem A 400 M ein weiteres Luftwaffenprojekt von zentraler Bedeutung - der Eurofighter. Es bleibt unverständlich, warum der Vorsitzende der Arbeitsgruppe gerade

den Eurofighter als Beispiel für erfolgreiche europäische Kooperationsvereinbarungen benennt, obwohl doch seit Jahren bekannt ist, dass bei diesem noch zu Zeiten des Ost-West-Konflikts konzipierten und in Angriff genommenen Rüstungsprojekt so gut wie alles schief läuft.

Der Eurofighter ist ein Projekt, das sich seit Beginn der 90er Jahre (damals noch „Jäger 90“ genannt) über Jahre hinwegzieht. Abgesehen davon, dass inzwischen selbst von Militärexperten die Notwendigkeit der Anschaffung eines solchen Kampffjets angezweifelt wird, ist die Herstellung des Eurofighters vor allem deshalb mit enormen Zeitverzögerungen verbunden, weil er immer mehr zum Kostensprengsatz für alle Beteiligten wurde. Die Eurofighter werden mit einer Preissteigerungsrate bezahlt, die nach Angaben des Bundesrechnungshofes „großzügig“ ist. In seinem Bericht vom 1. März 2001 über den Sachstand des Rüstungsvorhabens Eurofighter 2000 erklärt der Bundesrechnungshof, dass dieses Projekt „von Beginn an durch Verzögerungen geprägt (war). Diese Verzögerungen, ihre Auswirkungen auf den weiteren Verlauf des Entwicklungsprogramms sowie die Bewertung von Risiken wurden...in den Berichten des Systemmanagements an die Leitung des Bundesministeriums für Verteidigung und an das Parlament nur unzureichend benannt. Insbesondere zeigte die Kostenplanung ein unvollständiges Bild. Das Parlament wurde letztlich nur über solche Kosten informiert, die zur Weiterführung des Entwicklungs- und Beschaffungsprogramms zwingend erforderlich sind.“ (www.bundesrechnungshof.de/ergebnis_2002/ha04.html) Die jeweiligen europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssen diese durch sogenannte Preisgleitklauseln zugesicherten flexibel steigenden Preise der Militärjets bezahlen.

Die Dimension der Ausgaben für Militärflugzeuge ist eine enorme Belastung für die Haushalte der Mitgliedstaaten, insbesondere die in den Haushaltsplanungen unausgewiesenen Kosten. So berichtete der deutsche Bundesrechnungshof in seinem „Bericht vom 20. Juli 2000 über Preisvorbehalte bei ausgewählten Rüstungsunternehmen“, dass „allein für die Beschaffung fliegender Waffensysteme...in den kommenden 15 Jahren zusätzliche Ausgaben in Höhe von 60 Milliarden Mark auf den Bundeshaushalt zukommen (können). Preisgleitvereinbarungen spiegeln regelmäßig nicht die betriebliche Kostenstruktur wieder.“ (www.bundesrechnungshof.de/ergebnis2001/ha12.html) Der Rechnungshof geht weiterhin davon aus, dass bei Verträgen, in denen Preisgleitungen vorgesehen sind, dies bei einer angenommenen jährlichen Preissteigerung von drei Prozent zu Mehrausgaben von rund 15 Milliarden Mark führen könnte. Deutsche

Parlamentarier sehen inzwischen Gesamtkosten von über 25 Milliarden Euro für das Gesamtsystem auf Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zukommen. So erklärte der Bundestagsabgeordnete Bartels gegenüber der Wochenzeitung „Die Zeit“ (10/2002): „Mit dem Geld könnte man die ganze Bundeswehr neu ausrüsten.“ Im vorigen bundesdeutschen Haushaltsplan waren für die 180 Eurofighter bis 2015 „nur“ 18 Milliarden Euro eingestellt worden. Offizieller Teuerungsgrund war die notwendige Nachrüstung. Bartels schlussfolgert: „Das Ganze ist ein Sachzwangprojekt, das seiner eigenen Logik folgt. Die Planer wissen, dass sie auf einem teuren Torso sitzen. Der Eurofighter ist ein Lehrstück dafür, wie es nie wieder laufen darf.“

In der Arbeitsgruppe wurde die Problematik der Beschaffung und Finanzierung von für die Mobilität der EU-Kampftruppen erforderlichen Hochrüstungsprojekten nur unzureichend behandelt. Darüber hinaus blieben u. a. folgende Fragen offen:

- Warum wird in den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe nicht offen auf die konkreten Finanzierungsprobleme europäischer Hochrüstungsprojekte hingewiesen, aus denen zusätzliche finanzielle Belastungen der nationalen Haushalte erwachsen?
- In welchem Verhältnis stehen die Ausgaben für militärische und zivile Zwecke?
- Ist nicht allein schon durch die exorbitant hohen Rüstungsausgaben der finanzielle Spielraum für zivile Konfliktbearbeitung, soziale und zivile Konfliktprävention so stark eingeschränkt, dass hier sinnvolle Konzepte kaum noch in Angriff genommen werden können?

Anforderungen für den Verfassungsvertrag

- Verfassungsrechtliche Verpflichtung zu Abrüstung, Rüstungskontrolle und Konversion.
- Vertragliche Fixierung eines europäischen Pakts für degressive Militärausgaben der Mitgliedstaaten.
- Einrichtung einer europäischen Agentur für Rüstungskontrolle.
- Einrichtung eines europäischen Amtes für Abrüstung und Rüstungskonversion.
- Vertragliche Festschreibung eines Europäischen Programms für Konversion und Beschäftigung und Einrichtung eines Europäischen Konversionsfonds.

4. Zur Rolle des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente

Bisher ist eine demokratische Einflussnahme und Kontrolle der ESVP durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente kaum gewährleistet. Praktisch sind sie von den Entscheidungsprozessen nahezu ausgeschlossen. In den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe spielt diese zentrale Frage ebenfalls nur eine Nebenrolle. Das Europäische Parlament soll lediglich durch den Rat und den Präsidenten des Europäischen Rates über weitere Entwicklungen informiert und durch den Hohen Vertreter über den Fortschritt und die Entscheidungen in diesem Bereich auf dem Laufenden gehalten werden. Zudem soll es das Recht haben, Resolutionen zu verfassen, die der Rat bei seinen Treffen berücksichtigen soll. Das bedeutet, dass dem Europäischen Parlament weder ein Kontroll- noch ein Zustimmungs- oder Mitentscheidungsrecht im Bereich der ESVP zugestanden werden soll.

Zwar wird wenigstens erwähnt, dass den nationalen Parlamenten ein permanentes Kontrollrecht ihrer Regierungen auf dem Gebiet der nationalen Verteidigungspolitik zukommt und dass in den meisten Mitgliedstaaten das nationale Parlament über den Einsatz nationaler Streitkräfte in einer Militäroperation entscheiden muss. Dies ist aus demokratischen Erwägungen jedoch nicht ausreichend. Zum einen erstreckt sich der nationale Parlamentsvorbehalt regelmäßig nur auf die Entscheidung über die Truppenentsendung, lässt aber andere Entscheidungen unberührt. Zudem kann der Verweis auf die nationalen Parlamente nicht die Funktion des Europaparlaments entkräften. Wie in jeder parlamentarischen Demokratie muss auch in der Europäischen Union die Verfassung so ausgestaltet sein, dass in grundlegenden Bereichen des Gemeinwesens keine wesentlich Entscheidung ohne oder gegen das unmittelbar legitimierte Parlament getroffen werden kann. Dies gilt auch für die wesentlichen Entscheidungen im Bereich der ESVP, für die somit zumindest das Erfordernis der Zustimmung durch das Europäische Parlament zu verlangen ist und die der Kontrolle durch das EP zu unterwerfen sind. Dass zudem für bestimmte Entscheidungen die nationalen Verfassungen ausdrücklich auch einen Beschluss des jeweiligen nationalen Parlaments verlangen, ist bei der Ausgestaltung der Entscheidungsverfahren entsprechend zu berücksichtigen – dies kann aber lediglich eine Ergänzung und keinen Ersatz für die Beteiligung des Europäischen Parlaments darstellen.

Anforderungen für den Verfassungsvertrag

- Im Bereich der ESVP sind umfassende Kontrollrechte für das Europäische Parlament und zumindest für alle wesentlichen Entscheidungen ist das Zustimmungsverfahren vorzusehen.